

Stellungnahme 15.12.2021

Es handelt sich um ein sehr sensibles Thema, die eine differenzierte Sichtweise erfordert. Es geht um einen multimorbiden Personenkreis (vor allem in der Altenhilfe) und um schwerstpflegebedürftige Menschen.

Im Kern geht es um die Frage: Ist schwerstpflegebedürftigen oder schwersterkranken Menschen, bei denen der Sterbeprozess gegebenenfalls bereits eingeleitet ist, eine intensivmedizinische und –pflegerische Behandlung, insbesondere eine invasive Beatmung oder die Inanspruchnahme einer Herz-Lungen-Maschine, zuzumuten? Wenn Menschen dies nicht wollen, müssen wir deren Willen respektieren. Daher ist frühzeitige Kommunikation mit den Betroffenen und deren Angehörigen essentiell wichtig. Dabei handelt es sich um einen hochsensiblen Prozess, der lange und wohlüberlegt vorbereitet werden muss. Hierfür ist im Akutfall keine Zeit und u. U. müssen dann Entscheidungen durch Dritte getroffen werden. Das Schreiben mit der Feststellung des Behandlungswillens ohne Patientenverfügung wurde bereits im November 2020 an alle Pflegeheime kommuniziert, damals ohne kritische Rückmeldungen. Da wir den Eindruck hatten, dass dies noch nicht überall mit der notwendigen Sensibilität angegangen wird, haben wir im Rahmen einer interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen Klinikum, Gesundheitsamt, Heimaufsicht und der Fachstelle für Pflege und Selbsthilfe nochmals das Thema aufgegriffen und gezielt sektoral kommuniziert.

Das Klinikum behandelt nach wie vor jeden, der eine Behandlung wünscht. Aber diese Entscheidung muss auch gut vorbereitet werden.

Wir haben eine Vielzahl an Einrichtungen im Landkreis, die das sehr ernst nehmen und einen guten Weg für den Dialog mit Angehörigen und Betroffenen gefunden haben.

Weil wir nun begrenzte Kapazitäten haben und andere medizinische Notfälle auch unbenommen der Coronapandemie unvorhersehbar auftreten, für die auch Ressourcen freigehalten werden müssen, sollen medizinische Kapazitäten sparsam genutzt werden.

Wir hatten in den letzten Tagen voll belegte Intensivplätze. Wir haben auch das Planbare Geschäft eingestellt und fokussieren uns auf Notfallbehandlungen. Es gibt auch noch zahlreiche Notfälle außerhalb von Corona.

Durch eine gute Vorbereitung und frühzeitige Gespräche soll eine Triage gerade verhindert werden. Es ist unseres Erachtens keine Diskriminierung, sondern Fürsorge! Jeder muss sich überlegen, ob er dies sich selbst oder seinen Angehörigen zumuten will, auch wohlwissend, dass im Klinikum ein Besuchsverbot herrschen kann. Im Krankenhaus kann man im Akutfall von den Sozialkontakten und der Begleitung der Angehörigen mehr abgeschnitten sein als in den Altenhilfeeinrichtungen oder im häuslichen Kontext.

Die Themen Pflegebedürftigkeit, Sterblichkeit etc. müssen offen, ehrlich und transparent in unserer Gesellschaft kommuniziert und nicht ständig verdrängt werden. Die Zeiten der Exklusion dieses Personenkreises in Einrichtungen fernab

der Teilhabe am öffentlichen Leben und der Gesellschaft sind vorbei. Pflege, Sterblichkeit, Palliativversorgung dürfen keine Tabuthemen sein.

Wir als Landkreis Tuttlingen mit unseren vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsangeboten wollen allen Einwohnern – auch den Pflegebedürftigen, Behinderten und den Verantwortlichen und Fachkräften in den Einrichtungen und Diensten ein guter Ansprechpartner sein und mit unserem Wissen und unseren Strukturen auch in dieser Pandemie mit allem was wir haben zur Verfügung stehen.

Es ist nicht zielführend, die Verantwortung allein auf das Gesundheitswesen abzuschieben und mit Grundrechten auf medizinische Versorgung zu argumentieren. Daher können wir die Kritik eines großen Trägers im Landkreis nicht ganz nachvollziehen. Von allen anderen Einrichtungen haben wir diese Vorwürfe nicht erfahren. Wir müssen hier realistisch, offen und ehrlich sein und alle denkbaren Versorgungsformen, also auch in den Einrichtungen und durch die Dienste nutzen. Insofern teilen wir diese Vorwürfe nicht.

An diesem eindringlichen und an der Realität orientierten Appell möchten wir festhalten. Wir halten ihn in der Sache weiterhin für richtig. Nur als Solidargemeinschaften werden wir die Herausforderungen, die diese Pandemie mit sich bringt, bewältigen. Für uns sind weniger die Kommentare im Internet relevant, sondern eher die Rückmeldungen der Heime.